Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,950.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 258. Donnerstag den 15. September 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Nach den gemachten Wahrnehmungen hat die in §. 3, Abs. 2 unseres Anlagenregulativs enthaltene Bestimmung, nach welcher jeder Grundstücksbesitzer bez. dessen Stellvertreter gehalten ist, **im Laufe des Katasterjahres die etwaigen bezüglich der Mieth-, Nutzungs- oder Pachterträgnisse eingetretenen Veränderungen (Erhöhung oder Verminderung) sofort wahrheitsgemäß anzuzeigen,** nicht die durchaus nothwendige Beachtung gefunden.

Es wird deshalb diese Bestimmung erneut mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß **Unterlassungen mit Ordnungsstrafen bis zu 50 Mark belegt werden können.**

Entsprechende Formulare sind in unserer Stadt-Steuereinnahme, Brühl 51, zu entnehmen.

Insbesondere sind die Anzeigen, welche **früher vom Quartieramte** zur Instandhaltung des Verzeichnisses über die Einquartierungspflichtigen und die zur Einquartierung geeigneten Räume **erfordert wurden, an die Stadt-Steuereinnahme** und **nicht mehr an das Quartieramt** abzugeben.

Leipzig, den 10. September 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an Steinkohlen bester Sorte für die Kaiserliche Ober-Postdirection und die hiesigen Stadtpostanstalten für die Zeit vom 1. October 1881 bis Ende September 1882, welcher auf etwa 335,000 Kilogr. sich belaufen wird, soll im Wege des Submissionsverfahrens vergeben werden.

Eine Zusammenstellung der Lieferungs-Bedingungen kann bei der Kanzlei der Ober-Postdirection, sowie bei den Postämtern in Chemnitz in Sachsen und Zwickau in Sachsen eingesehen, auch gegen Erstattung der Abschreibegebühren von der hiesigen Kanzlei bezogen werden.

Geeignete Unternehmer wollen ihre Angebote bis zum 25. d. M. schriftlich bei der Ober-Postdirection in Leipzig anmelden.

Die Auswahl unter den Bewerbern wird ohne entscheidende Rücksicht auf die Mindestforderung vorbehalten.

Leipzig, am 12. September 1881.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Auf Antrag des Herrn **Louis Mühlig** in Lindenau als Vollstrecker des letzten Willens des verstorbenen Herrn Ortsrichters **Carl Friedrich Koch** in Lindenau sollen die auf dem Folium 694 des Grund- und Hypothekenbuchs für Lindenau eingetragenen Grundstücke, bestehend aus einem Wohnhause mit Garten — Poststraße Nr. 26 in Lindenau — einem daneben befindlichen Bauplatze von 2677 □ Ellen Flächenraum, einer Wiese 215 □ m groß, öffentlich verkauft werden. Es wird dazu Verkaufstermin an

28. September a. c. Vormittags 11 Uhr

an unterzeichneter Amtsgerichtsstelle anberaumt, woselbst vorher die Verkaufsbedingungen am Gerichtsbrete eingesehen werden können.

Die Besichtigung der Grundstücke kann täglich in den Vormittagsstunden durch Vermittelung des Herrn Friedensrichters **Mühlig** in Lindenau, Poststraße Nr. 19, erfolgen.

Leipzig, den 6. September 1881.

Königliches Amtsgericht daselbst.
Abtheilung V, Section III.
J. A.:
C.-Rath Friedrich, Assessor.

Holz-Auction.

Im **Universitätswalde** bei **Liebertwolkwitz** sollen
Mittwoch, den 21. September 1881
von Vormittag 10 Uhr an

11 Raummeter eichene Nutzscheite,
66 " " Birnbaumscheite,
35 " " und birkene Rollen und
42 Wellenhundert harte Reisigbunde

gegen Erlegung der geordneten Anzahlung sofort nach dem Zuschlage und unter den sonst bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend versteigert werden.

Versammlung: auf dem Kutschlage in den sogen. Sandlöchern.

Leipzig, am 9. September 1881.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 15. September.

Es wird wohl am Platze sein, die **Aussichten der künftigen Regierungsmajorität** schon jetzt in Erwägung zu ziehen. Wenn es sich nicht aus unseren inneren Verhältnissen, wie sie sich in den letzten Jahren gestaltet, von selbst ergäbe, so würde doch das ganze Verhalten der officiösen Presse bekunden, daß die Regierung für den nächsten Reichstag ihre Hoffnungen auf eine aus Conservativen und Ultramontanen gebildete Mehrheit gesetzt hat.

Dem Namen nach freilich sind die Angriffe der betreffenden Organe meistens alle gegen Fortschrittler und Secessionisten gerichtet, in der Sache aber ist Alles gemeint, was nur einen Hauch von Liberalismus an sich trägt. Dagegen wird jede Fehde gegen den Jesuitismus sorgfältig vermieden; der früher von den Regierungsjournalisten aufgestellte Satz, daß **das bloße Dasein einer derartigen Partei ein Act der Feindseligkeit gegen das Reich sei,** ist leichten Herzens vergessen; nicht die leiseste Andeutung wird laut, daß das Centrum zum Mindesten nach erfolgtem Friedensschlusse zwischen **Preußen und Rom** seine Daseinsberechtigung verloren haben werde. **Welche Aussichten aber bieten sich nun für eine also geplante Regierungsmehrheit?** Wir wollen die Conservativen schlechtweg als unbedingte Gefolgschaft der Regierung betrachten; für die in ihren Reihen enthaltenen Particularisten trifft Dies freilich nicht überall zu, doch würde Das ausgeglichen werden durch den bedeutenden Zuwachs an preußischen Conservativen, den die Regierungsorgane als sicher anzunehmen scheinen.

Wie aber stellt sich das Centrum, Herr Windthorst und seine gehorsame Knappschaft? **Wir haben bereits hervorgehoben, daß das Centrum in seinem Wahlaufrufe alle in der letzten Zeit zu Tage getretenen Anzeichen einer sehr weit vorgeschrittenen Versöhnung mit Rom einfach unbeachtet läßt, daß es andererseits sich mit den brennendsten Tagesfragen mit leeren und glatten Redensarten abfindet. Aber einige** allgemeine Züge sind doch für die Stellung des Ultramontanismus zur Regierung sehr bedeutsam. Das gesammte **Steuerreform-Programm des Reichskanzlers wird abgethan mit der Bemerkung,** daß das Ziel derselben nur durch eine **Einschränkung der Ausgaben,** und zwar an erster Stelle **beim Heerwesen,** zu erreichen sei. Zwar spricht der Aufruf auch von einer „gerechten Vertheilung" der Steuern, und man könnte annehmen, daß zu diesem Zwecke das Centrum bestehende directe Steuern durch geeignete indirecte zu ersetzen bereit sei. Aber Das steht jedenfalls fest, daß der Kanzler für seinen steuerpolitischen Lieblingsplan, das Tabakmonopol, mit Hülfe des Centrums eine Mehrheit nicht erlangen wird, zum Mindesten die nichtpreußischen Centrumsmitglieder nebst den Welfen werden das Monopol schon aus particularistischen Gründen niemals bewilligen. Was ferner die Socialpolitik anlangt, so läßt die Verwahrung gegen ein Uebergreifen der Staatsgewalt über ihren berechtigten Machtkreis hinaus und die scharfe Betonung des bundesstaatlichen Charakters der Reichsverfassung hinlänglich vermuthen, wie wenig Unterstützung Fürst Bismarck für seine weitgehenden Pläne im entscheidenden Augenblicke von der Jesuitenclique zu erwarten hat.

Obendrein noch hat Herr Mouſang, einer der streitbarsten Kämpfer des Centrums, auf dem Bonner Katholikencongreß zu dieser Stelle des Aufrufs eine unzweideutige Erklärung gegeben. Damit aber auch der Hahn nicht fehle, so wird allen Reform- und Beglückungsplänen des Kanzlers gegenüber erklärt, daß die Heilung unserer socialen Schäden nur erreicht werden könne, wenn man die römische Priesterschaft unbeschränkt schalten lasse und vor Allem den Jesuitenorden wieder einführe. Das ist der Weg, auf welchem Fürst Bismarck das Centrum voll und ganz gewinnen kann, ein Weg, schnurstracks entgegengesetzt demjenigen, der zur Errichtung des deutschen Reiches unter dem Scepter der Hohenzollern geführt hat. Daß der Kanzler ihn betreten werde, fürchten wir nicht. Aber wo findet er dann seine so lange gesuchte Majorität?

Nach telegraphischen Meldungen aus **Itzehoe** wurden **am Montag Abend von mehreren in der Nähe der Villa des** Commerzienraths de Boß, dem Absteigequartier Sr. Majestät des Kaisers, Wohnenden ein Feuerwerk abgebrannt, während im Parke des Commerzienrathes ein Ständchen, ausgeführt vom 8. Musikcorps, stattfand. Der Park war mit elektrischem Licht prachtvoll erleuchtet. Der Zapfenstreich der Musikcorps des IX. Armeecorps verlief unter zahlreicher Betheiligung der Bevölkerung äußerst glänzend. Se. Majestät der Kaiser hat sich wiederholt sehr erfreut über den ihm bereiteten Empfang ausgesprochen. Am Dienstag Nachmittag 4 Uhr fand in dem Rathhause, auf welchem die kaiserliche Fahne wehte, das von Sr. Majestät dem Kaiser den Provinzialbehörden gegebene Galafestmahl statt. Zu demselben hatte außer den Spitzen aller Behörden auch die Generalität Einladungen erhalten. Die Auffahrt zu dem Diner war äußerst glänzend. Se. Majestät der Kaiser wurde bei seinem Erscheinen von der dichtgedrängten Volksmenge mit nicht endenwollenden begeisterten Zurufen begrüßt. Se. K. K. Hoheit der Kronprinz erschien mit Ihrer K. K. Hoheit der Kronprinzessin. Während der Tafel brachte Seine Majestät einen Toast auf das Wohl Schleswig-Holsteins aus, wo er so viele Freundlichkeit gefunden habe. Der Oberpräsident stellte Sr. Majestät die einzelnen Behörden vor, wobei der Kaiser an jeden Einzelnen huldvolle Worte richtete und namentlich seine Freude über die Aufnahme in Itzehoe aussprach. — Se. Majestät der Kaiser, Ihre K. K. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin und Se. K. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin sind dann am Abend 6½ Uhr mittelst Extrazuges von Itzehoe nach Altona abgereist.

Die **Berliner Officiösen,** die sonst mit Vorliebe in Tönen der Drohung oder Verleumdung sich hören lassen, ziehen heute der Abwechselung halber ein anderes Register auf, welches wegen seines seltenen Gebrauchs sicher sein kann, Eindruck zu machen, nämlich dasjenige der Erweckung der Neugierde! Allerlei geheimnißvolle freudige „Ueberraschungen" in den Fragen der Kirchenpolitik werden in Aussicht gestellt, und es fehlt nicht viel, daß wirklich von der Regierungspresse behauptet wird, der Culturkampf habe durch die bedingungslose Unterwerfung des Papstes unter die Maigesetze sein Ende erreicht. Denn darauf läuft es im Großen und Ganzen hinaus, wenn die Eingeweihten des Preßbureau versichern, die Errichtung einer preußischen Gesandtschaft beim Vatican beweise, daß seitens der Curie alle Bedingungen erfüllt seien, die Fürst Bismarck in der berühmten Reichstagsrede vom November 1874 für die Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen zum Papste gestellt. Es wird hier so Viel versprochen, daß das Mißtrauen in die Nachgiebigkeit der Curie, statt sich zu zerstreuen, nur vermehrt werden muß. So erfreulich es wäre, wenn jene überschwänglichen Prophezeiungen Recht hätten, nach welchen die liberale Presse befriedigt oder auch beschämt verstummen würde, wenn einmal die Grüße der Zugeständnisse Roms bekannt wird, so liegt doch in den bisherigen Thatsachen leider Nichts vor, was zur Vertrauensseligkeit in dieser Beziehung auffordern könnte. Dagegen steht das Eine wenigstens fest, daß Fürst Bismarck den Charakter der preußischen Gesandtschaft beim Vatican in aller Schärfe von demjenigen trennen will, den eine Vertretung des Deutschen Reichs haben müßte. Er legt, wie man hört, besonderes Gewicht darauf, der ersteren nur den allerbescheidensten völkerrechtlichen Rang beigelegt zu wissen; sie soll nicht eine stillschweigende Anerkennung der päpstlichen Souveränität, wie sie in der Errichtung einer gesammtdeutschen Vertretung liegen würde, bedeuten, sondern sie soll nur das Mittel für die Action des Cultusministers abgeben, gleichsam die katholische Abtheilung des Cultusministeriums mit dem Sitze in Rom bilden. Ob diese Auffassungen, wie sie an maßgebender Stelle gehegt werden, geeignet sind, Vertrauen und Beruhigung zu verbreiten, mag für jetzt dahingestellt bleiben. Thatsache ist, daß sie vorhanden sind, und den Gang der kirchenpolitischen Verhandlungen sowohl bisher bestimmt haben als auch fernerhin recht wesentlich bestimmen werden.

Die freiconservative „Post" beschäftigt sich mit der Stellung der nationalliberalen Partei im Wahlkampfe. Das Blatt erklärt festzuhalten an der Ueberzeugung, daß eine gedeihliche, stetige Fortentwickelung des Reichs nur dann mit Sicherheit erwartet werden kann, wenn die gemäßigten und von wahrhaft nationalem Geiste getragenen Elemente im conservativen wie im liberalen Lager in dem Parlament das entscheidende Wort zu reden haben. „Das ist (so führt die „Post" weiter aus), so ungünstig nach mancher Richtung die Situation im Augenblicke liegen mag, für die Folge mit Sicherheit dann zu erwarten, wenn die gemäßigten Parteien in dem wogenden Kampfe der Extremen sich selbst treu bleiben und mit derjenigen Entschlossenheit, mit der der Kahn in wogender Brandung gesteuert werden muß, unentwegt ihre Bahn ziehen. An uns soll es in dieser Hinsicht nicht fehlen. Wir hoffen auch, daß die Nationalliberalen, welche seit Bennigsen's Rückkehr sich zu rühren beginnen, in demselben Geiste in den Wahlkampf treten werden."

Außerordentlich rührige Anstrengungen macht in der gegenwärtigen Wahlbewegung die süddeutsche Demokratie. In Würtemberg, in Baden, in der Pfalz hat die Partei eine ganze Anzahl von Candidaten aufgestellt und befindet sich in der rosigsten Stimmung. Auch dort sollen die Eroberungen hauptsächlich auf Kosten der Nationalliberalen gemacht werden. Die süddeutsche Volkspartei unterhält auch mit der norddeutschen Fortschrittspartei Fühlung; in der Liste fortschrittlicher Candidaturen finden sich auch mehrere Namen süddeutscher Volksparteiler und ein Wahlkampf zwischen den beiden Parteien wird nirgends stattfinden. Man wirft den Nationalliberalen oft vor, die Grenze, wo sich die liberalen von den conservativen Grundsätzen scheiden, nicht stark genug zu markiren. Wir möchten dagegen auch einmal bitten, die Grenze zu ziehen, wo sich der Liberalismus in das schwäbisch-frankfurtische Demogogenthum verläuft. Die „Frankfurter Zeitung" hat ganz offen erklärt, daß ihr ideales Ziel die Republik sei; in der würtembergischen Demokratie treiben die übelste Cantonswirthschaft und der eingefleischteste Preußenhaß ihr Wesen. Nicht ein einziges Mal haben wir in der fortschrittlichen Presse eine Verwahrung gegen die Gemeinschaft mit diesen Elementen gefunden, die noch ganz auf demselben Standpuncte stehen, der sie um das Jahr 1866 zum Spott und Aerger von ganz Deutschland machte. In der Berliner „Volkszeitung" werden die günstigen Wahlaussichten eines Karl Mayer und seiner Anhänger gegenüber nationalgesinnten Männern ganz mit derselben freudigen Genugthuung verhimmelt, wie die eines Richter oder Virchow. Wenn die „große liberale Partei" fortwährend bis auf Sonnemann und Karl Mayer ausgedehnt wird, dann wundere man sich nicht, daß sie so wenig Fortschritte macht und ein Trugbild bleibt.

Obschon die Vorlage wegen Errichtung des Reichstags-Gebäudes in der letzten Session nicht eingebracht werden konnte, so schreiten doch die Vorbereitungen über Herstellung eines geeigneten Bauterrains durch Ankauf des Raczynski'schen Palais unter Anschluß von städtischen und privaten Grundstücken dauernd vorwärts, so daß mit Bestimmtheit auf die Einbringung der Vorlage in der nächsten Session zu rechnen ist. Inzwischen richtet man sich ganz darauf ein, das provisorische Reichstags-Gebäude noch auf Jahre hin zu benutzen. Die Herstellung von Wohnungen für den Bureaudirector, den Botenmeister u. s. w. in Räumen der ehemaligen Porzellanmanufactur ist nahezu beendigt. Dicht an diesen neuen Flügel des provisorischen Reichstags-Gebäudes schließt sich das nun vollendete Kunstgewerbe-Museum, welches am 18. October, dem Geburtstag des Kronprinzen, seiner Bestimmung übergeben werden wird. Augenblicklich ist man mit der Aufstellung der Sammlungen beschäftigt.

Der Reichstagsabgeordnete v. Bühler-Oehringen war bekanntlich vom Fürsten Bismarck mit seinem Abrüstungsantrag an „Deutschlands Nachbarn" verwiesen worden. Er hat diesem Winke Folge gegeben und sich zunächst an die Friedensgesellschaften in Genf und Paris gewandt, die seine Bestrebungen auch scheinbar freundlich aufnahmen und sich in Friedensbetheuerungen ergingen, denen freilich allerlei Verclausulirungen auf dem Fuße folgten. An die Vordersätze, welche die „rohe Gewalt der Waffen" verwarfen, schlossen sich Nachsätze, welche die „Befreiung" Elsaß-Lothringens verlangten oder betonten, Frankreich könne unmöglich mit Abrüstung vorangehen. Von diesen Aufschlüssen wenig befriedigt, ging Herr v. Bühler einen Schritt weiter und wandte sich direct an Gambetta, den er aufforderte, sich offen und unzweideutig über die Friedensfrage zu erklären und seinen mächtigen Einfluß für die Abrüstung geltend zu machen. Die „Frankf. Ztg.", der die betreffende Correspondenz zugänglich geworden, druckt das Schreiben Bühler's seinem vollen Wortlaut nach ab. Dasselbe dürfte wenig Interesse haben; interessanter aber und lehrreicher ist die Thatsache, daß Gambetta auf dieses Schreiben, das vom 15. Juni d. J. datirt ist, bis jetzt nicht geantwortet hat, also wohl auch nicht mehr antworten wird. Gambetta geht einer offenen Erörterung der Kriegs- und Friedensfrage aus dem Wege und dieses Schweigen belehrt uns vielleicht besser über seine wahren Absichten, als alle schönen Reden, die er in letzter Zeit gehalten. Zum Glück darf er in dieser Frage nicht als der vollgültige Repräsentant der zur Zeit in Frankreich herrschenden Stimmungen gelten.

Die Angelegenheit der beschlagnahmten Schiffe „Sokrates" und „Diogenes" wird, nach uns zugehenden Mittheilungen, in der einen oder der anderen Form auch das preußische Abgeordnetenhaus nach dessen Wiederzusammentritt beschäftigen. Herr v. Puttkamer selber soll den Wunsch geäußert haben, daß ihm Gelegenheit geboten werde, die vollste Loyalität und Gesetzlichkeit, von welcher sich die Regierung in dieser leidigen Frage leiten ließ, der Volksvertretung und damit den weitesten politischen Kreisen zum Bewußtsein zu bringen. Der Wunsch ist in gleichem Maße zu verstehen wie zu billigen. Für die Verwirklichung desselben dürfte es zur rechten Zeit an einer Interpellation aus der Mitte des Hauses nicht fehlen.

Dem Abg. Cremer ist aus seinem rheinischen Wahlkreise die dringende Aufforderung zugegangen, sein Mandat niederzulegen. Bei der verlorenen Stellung, in welcher dieser ultramontane Parteigänger nach und nach gerathen, mag es ihm auf ein bischen mehr oder weniger Zerwürfnisse mit seinen ehemaligen Freunden nicht ankommen, und so ist es glaubhaft genug, wenn versichert wird, Herr Cremer denke gar nicht daran, dem Ersuchen seiner Wähler stattzugeben. Man darf sich darauf gefaßt machen, daß zwischen ihm und Herrn von Schorlemer-Alst noch manches widerliche Stück schmutziger Wäsche im Abzeordnetenhause gewaschen werden wird.

Es kann jetzt wohl als gewiß gelten, daß der Hochverrathsproceß gegen den ehemaligen socialdemokratischen Abg. Hasselmann unterbleiben wird, obwohl er vom preußischen Minister des Innern aus Anlaß der Socialistendebatte im Reichstag in sichere Aussicht gestellt war. Angeblich hat die Untersuchung nicht so viel Stoff ergeben, daß sich eine Anklage auf denselben aufbauen ließe. Wir glauben indessen nicht fehl zu gehen, wenn wir diese Begründung für das Fallenlassen des Processes als falsch bezeichnen. In Wahrheit läge hinreichendes Material vor; doch hat man sich zuständigen Orts wohl mit Recht gefragt, ob nicht der Schade, der durch Aufdeckung der verbrecherischen internationalen Umtriebe angestiftet werden dürfte, größer sein werde, als wenn die Kenntniß dieser Dinge das Geheimniß der Regierung bliebe, welche ihrerseits in der Stille viel wirksamere Gegenmittel anlegen kann, als im vollsten Lichte der Oeffentlichkeit. Würde doch auch Genosse Hasselmann selber, der in Amerika weilt, von der Strafe gar nicht getroffen werden.

Die von uns **bereits** erwähnte Affaire der beiden österreichisch-ungarischen Officiere, welche sich in eine Erörterung über die Bedeutung des Fahneneides eingelassen hatten, zieht, wie zu erwarten war, weitere unliebsame Folgen nach sich. In Pest hat sich die Universitätsjugend der Angelegenheit bemächtigt, um eine Straßendemonstration zu veranstalten. Am 10. Abends zogen etwa 200 Juristen, die sich zu einem Begrüßungsabend zusammengefunden hatten, vor die Redaction des radicalen „Függetlenség", in der Meinung, Göczel dort zu finden. Als sie hörten, daß er nicht anwesend sei, zogen sie ab; eine halbe Stunde später fand jedoch eine neue Ansammlung statt. Auf die Rufe der Menge erschien ein Redactionsmitglied am Fenster und nun wurden Reden gehalten, worauf sich die Menge unter Eljens auf Göczel zerstreute. Uebrigens hatte die Jugend schon in ihrer Versammlung beschlossen, eine Adresse an Göczel zu richten. Ferner verlautet, daß mehrere Franzstädter Bürger im Verlauf der Woche ein Bankett zu Ehren Göczel's veranstalten wollen. Telegraphisch wird gemeldet: „Hauptmann Lendl (der Göczel zuerst provocirte und dann anzeigte) hat auf Weisung seines vorgesetzten Commandos die Führung seiner Compagnie und sämmtliche dienstliche Agenden an den Oberlieutenant **Gabriel Losław** abgegeben. Es wird gemeldet, daß der Kaiser den General Edelsheim mit der Berichterstattung in dieser Angelegenheit betraut und Dieser der betreffenden Militairbehörde aufgetragen habe, ihm sämmtliche Schriftstücke einzusenden. Von Hauptmann Lendl erzählt das eine Gerücht, daß er vom Dienste suspendirt worden sei; ein zweites, daß er seinen Abschied eingereicht habe.

Die St. Petersburger Regierungspresse schickt sich an, die Ergebnisse der Danziger Begegnung im günstigsten Lichte erscheinen zu lassen. So schreibt die „Agence Russe": Der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, Staatssecretair Geheimrath Giers, übersandte das telegraphische Rundschreiben an die Vertreter Rußlands im Auslande, welches nächstens im amtlichen Blatte veröffentlicht werden wird, von Danzig aus. In demselben theilt Geheimrath Giers mit, daß eine Begegnung zwischen dem Kaiser Alexander und dem deutschen Kaiser stattgefunden, mit dem Hinzufügen, daß die engen Bande der Verwandtschaft und der überlieferten Freundschaft, welche beide Monarchen verbinden, genügten, um die Beweggründe der Zusammenkunft zu erklären und ihren Charakter zu bezeichnen. Er wolle aber feststellen, daß der warme, herzliche Empfang, der dem Kaiser von Rußland zu Theil geworden, vollständig den eigenen Gesinnungen desselben entspreche. Das Circular betont schließlich, daß die Begegnung für die Beständigkeit der zwischen beiden Ländern in ihrem gegenseitigen Interesse, sowie im Interesse des allgemeinen Friedens bestehenden Beziehungen Zeugniß ablege. — Wie die „Agence Russe" weiter meldet, überreichte General v. Werder im Augenblicke der Abreise dem Staatssecretair Geheimrath Giers eine hohe Ordensauszeichnung. — Das „Journal de St. Pétersbourg" betont, daß die europäische Presse im Allgemeinen die Kaiserzusammenkunft in Danzig in ihrer wahren Bedeutung ausgelegt habe, nämlich als Kundgebung der herzlichen Sympathie zwischen den beiden Kaisern, welche zu gleicher Zeit eine Garantie für die Sicherheit aller Nationen sei. In erster Linie sei es die deutsche Presse, welche einstimmig der Kaiserzusammenkunft diese Auslegung gab. Das Journal spricht sich sodann anerkennend über die Zurückhaltung aus, welche die gut unterrichteten Organe der Berliner Presse gegenüber den vorzeitigen Gerüchten über die Begegnung beobachtet hätten und meint, gewisse Organe der russischen Presse würden von ihrer irrthümlichen Auslegung dieser Haltung zurückkommen, in der sie das Bestreben finden wollten, die Tragweite dieses Ereignisses abzuschwächen. Was die „Times" angehe, die von den berechtigten Interessen Englands und der Militairreiche spreche, so wolle sich das Journal darauf beschränken, zu erklären, daß die einzigen berechtigten Interessen, um die es sich bei der Zusammenkunft handeln konnte, die allgemeine Ruhe und der Weltfriede waren. Das „Journal de St. Pétersbourg" nimmt endlich Bezug auf die Bemerkungen des „Journal des Débats", daß die Interessen und die Geschicke der Nationen das Uebergewicht haben müßten über die verwandtschaftlichen Bande, und hebt hervor, daß die herzlichen Familienbeziehungen der Kaiser von Rußland und Deutschland das politische Einvernehmen begünstigten und gerade dadurch den Interessen der Nationen dienten, und von großem Gewicht für deren Geschicke seien.

Nach einer Depesche aus **Sofia** ist die Zwölfzahl der Apostel als die geeignete erkannt worden für die Mitgliederzahl des **Reichsrathes.** Dem Fürsten steht die Ernennung von vier Mitgliedern zu. Die Stärkezahl der uniformirten Gendarmerie ist ebenfalls festgesetzt worden, und zwar auf 1513 Mann. Um bei den Zahlen zu verbleiben, sei noch bemerkt, daß bei der Volkszählung, (1,998,600 Einwohner) Rustschuk mit 26,867 Bewohnern sich als die bevölkertste Stadt Bulgariens ergeben hat. Varna behauptet den zweiten Rang, die Hauptstadt Sofia mit 20,541 Einwohnern nimmt erst den dritten Platz ein.

Die in **Saint-Dié** gehaltene Rede des Minister-Präsidenten **Ferry** findet auch innerhalb der republikanischen Presse nur eine bedingte Zustimmung. Seine Hoffnung, daß die neue Kammermehrheit nur die Fortsetzung der alten sei und sich mit wenigen homöopathischen Reformen begnügen werde, begegnet in Paris vielem Zweifel und Widerspruch. Der „Temps" meint, Ferry habe, indem er sich über die zukünftige Regierung mit vorsichtiger Achtung der verfassungsmäßigen Vorrechte Grevy's aussprechen, den Entschluß angedeutet,